

FR/bla

VERTRAULICH

Aufzeichnung der Gespräche zwischen Bundespräsident Pierre Aubert, Vorsteher des EDA, und Lazar Mojsov, Aussenminister der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, vom 20. Januar 1983 in Bern

---

Schweizer Delegation:

Bundespräsident Pierre AUBERT	Vorsteher des EDA
Botschafter Raymond PROBST	Staatssekretär
Botschafter Edouard BRUNNER	Direktor der Direktion für internationale Organisationen
Botschafter Alfred HOHL	Schweizerischer Botschafter in Jugoslawien
Botschafter Franz MUHEIM	Chef der Politischen Abteilung I
Botschafter Jean-Pierre RITTER	Chef des Politischen Sekretariates
Botschafter Cornelio SOMMARUGA	Delegierter des Bundesrates für Handelsverträge (BAWI)
Minister Jean ZWAHLEN	Chef des Finanz- und Wirtschaftsdienstes
Minister Othmar UHL	Chef des Informations- und Presседienstes
Herr Blaise SCHENK	Stellvertreter des Chefs der Politischen Abteilung I
Fräulein Catherine KRIEG	Diplomatische Sekretäre des Departementsvorsteher
Herr Philippe JACCARD	Diplomatischer Mitarbeiter des Politischen Sekretariates (PROTOKOLL)
Herr Andreas FRIEDRICH	

Jugoslawische Delegation:

M. Lazar MOJSOV	Secrétaire fédéral du Secrétariat fédéral des affaires étrangères de la RSF de Yougoslavie
M. Sulejman REDZEPAGIC	Ambassadeur de la RSF de Yougoslavie en Suisse
M. Vlatko JOVANOVIC	Chef de la Direction pour l'Europe Occidentale du Secrétariat fédéral des affaires étrangères de la RSF de Yougoslavie
M. Dragan IGNJATIJEVIC	Chef de Section de la Direction pour l'Europe Occidentale du Secrétariat fédéral des affaires étrangères de la RSF de Yougoslavie
M. Tihomir OBUCINA	Conseiller de l'Ambassade de la RSF de Yougoslavie en Suisse

## 1. Ost-West-Beziehungen

Mojsov: Die Lage in Madrid ist eine Folge des Zustandes der internationalen Beziehungen, deren gemeinsamer Nenner heute in einer Spannungseskalation in sämtlichen Bereichen bei gleichzeitiger Lahmlegung des gesamten zur Lösung von internationalen Problemen geschaffenen Instrumentariums liegt. Diese Eskalation äussert sich namentlich in folgenden vier wichtigen Bereichen:

- im Wettrüsten in den Ost-West-Beziehungen
- in der Rivalität der Grossmächte
- im Ausbruch von Krisenherden (keine einzige grössere Krise konnte gelöst werden)
- im Zusammenfallen der Krise in den internationalen Beziehungen mit einer Weltwirtschaftskrise, die kaum ein Land verschont.

Zu dieser Eskalation der Spannungen gesellte sich die Blockierung der internationalen Kommunikationskanäle. Während man früher mittels Verhandlungen zu wenigstens provisorischen Abkommen oder Arrangements zur Lösung von Konflikten gelangte, ist in den letzten fünf Jahren in dieser Hinsicht kein einziger Erfolg mehr zu verzeichnen. An allen vier Tischen, an denen die beiden Grossen verhandeln (New York, Genf, Madrid, Wien), findet ein "dialogue de sourds" statt, der keinerlei Ergebnisse zeitigt. Wir nähern uns indessen Ende 1983 dem Tag X, an dem die Aufstellung der amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa beginnen soll. Die Sowjetunion hat aber bekanntlich unmissverständlich erklärt, sie werde Gegen- bzw. Vergeltungsmassnahmen ergreifen, falls es zur Aufstellung der neuen Raketen kommt.

Worin könnten nun solche sowjetischen Gegenmassnahmen bestehen?

a) Im weiteren sowjetischen Vordringen in Afghanistan (schon die Invasion vom Dezember 1979 war in Wirklichkeit eine strategische Antwort auf den Nachrüstungsbeschluss der NATO). Die UdSSR könnte,

- 3 -

wie schon an ihrer Grenze zu Polen, auch an der afghanisch-pakistanischen und afghanisch-iranischen Grenze Waffen stationieren, die es ihr erlaubten, auf die für den Westen wichtige Golfregion einzuwirken.

b) Eine zusätzliche Aufstellung von sowjetischen Raketen in Osteuropa: eher unwahrscheinlich, denn sie würde an der heutigen Lage kaum etwas ändern.

c) Da die Cruise-Missile und Pershing-Raketen sowjetisches Territorium bis zum Ural erreichen können, ist nicht auszuschliessen, dass die UdSSR ebenfalls zusätzliche Raketen stationieren wird, welche die USA treffen können. In Frage kämen z.B. die Polarregion oder die Kurilen. Eine derartige Eskalation im Nordpazifik müsste aber Japan beunruhigen, das durchaus in der Lage ist, nötigenfalls rasch aufzurüsten.

d) Da sich in Europa ein militärisches Vordringen kaum wie in Afghanistan ohne grosses Kriegsrisiko bewerkstelligen lässt, könnte sich die UdSSR für Aktionen in der Dritten Welt entschliessen, beispielsweise, in dem sie in Kuba wieder Raketen aufstellt.

Da die sowjetischen Drohungen durchaus ernst gemeint sind, gilt es jetzt, etwas zu unternehmen, damit der Dialog zwischen den Grossmächten wieder in Gang kommt und die Krise vermieden werden kann, die aus unserem Planeten ein Schlachtfeld zu machen droht.

An einen Nuklearkrieg am Ende dieses Jahres glaube ich nicht. Nach den Militärs sollten jetzt aber die Diplomaten die Sache in die Hände nehmen. Wir sind der Ansicht, jeder Abrüstungsvorschlag sollte sorgfältig geprüft werden. Ein Rüstungsabbau könnte z.B. auch in mehreren Phasen erfolgen. Es gilt, irgendeinen ersten Schritt zu tun, um den Teufelskreis zu durchbrechen, der auf der öffentlichen Meinung Europas lastet.

An der KSZE-Folgenkonferenz müssen wir versuchen, wenigstens beschränkte Initiativen zu ergreifen, welche die Eskalation der vergangenen fünf Jahre bremsen und eine Atmosphäre schaffen können, in der dann weitere Schritte unternommen werden können. Auch an den

übrigen Verhandlungstischen sollte es aber Fortschritte geben. Am fruchtbarsten waren bis jetzt die Anstrengungen zur Lösung der Wirtschaftsfragen. Nach dem drohenden finanziellen Zusammenbruch Mexikos wurde man sich weltweit bewusst, dass wir alle im selben Boot sitzen und dass das Weltwirtschaftssystem einstürzen könnte, wenn nicht Gegenmassnahmen ergriffen werden. Positiv bewerte ich die vorgesehene IMF-Quotenerhöhung und den kürzlich bekanntgegebenen Beitritt der Schweiz zum Zehnerklub. Die gestern zustandegewordene Finanzhilfe an Jugoslawien zeigt, dass man mit internationaler Zusammenarbeit Engpässe überwinden kann.

Die KSZE kann zwar nur zu bescheidenen konkreten Ergebnissen führen, stellt aber ein zuverlässiges Barometer der Lage in Europa dar. Zur Zeit steht es sehr tief, fanden doch bereits 6 ergebnislose KSZE-Runden statt, an denen teilweise heftig polemisiert wurde. Sie waren eine Konsequenz des geschilderten diplomatischen Immobilismus.

Wir sind der Meinung, dass das im Februar beginnende 7. Madrider Treffen das letzte sein und zur Verabschiedung von gewissen Dokumenten führen sollte. Eine Konferenz fortzusetzen, die keine Ergebnisse zeitigt, hätte lediglich sehr negative psychologische Auswirkungen.

Ein Wiederbeginn am 8. Februar ist vielleicht verfrüht, besteht doch zur Zeit noch Ungewissheit über die politische Entwicklung in wichtigen Ländern wie der BRD. Ich befürchte, die Periode vom 8. Februar bis zum 6. März könnte wieder in sterile Verhandlungen ausmünden. Wir sollten daher diese Zeit für Konsultationen über die Art des anzustrebenden Schlussdokumentes verwenden. Die beste Lösung wäre immer noch das Dokument RM 39, zu dem 15 Abänderungsanträge vorliegen (einige davon sind bewusst so formuliert, dass sie das Grunddokument unmöglich machen). Eine zweite Lösung läge in einem neuen, kürzeren Dokument, das die umstrittenen Punkte nicht erwähnt. Eine dritte Variante schliesslich würde lediglich einen Beschluss über die Daten künftiger Treffen enthalten.

Madrid darf jedenfalls nicht als Misserfolg enden. Wir brauchen mindestens einen halben Erfolg, damit der herrschende Immobilismus überwunden werden kann. Vielleicht werden auch die bevorstehende Blockfreien-Konferenz oder die amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsverhandlungen dazu beitragen, dass das Jahr 1983 nicht dramatisch endet.

Aubert: Wir teilen Ihre Lagebeurteilung durchaus. Die politische Realität hat sich seit der Abfassung des RM 39 derart geändert (Kriegsrecht in Polen, keine Veränderung in Afghanistan, rückläufige Anzahl jüdischer Emigranten aus der UdSSR, u.a.), dass es politischer Illusionismus wäre, dieses Dokument in seiner ursprünglichen Fassung weiter vertreten zu wollen.

Es gilt in der Tat, den Dialog zwischen den beiden Grossen wieder in Gang zu bringen. Die Schweiz ist gerne bereit, ihre guten Dienste und ihr Territorium zur Verfügung zu stellen, um entsprechende Kontakte zu erleichtern.

Den beiden Grossmächten fehlt heute der politische Wille, zu einer Einigung zu kommen. Davon zeugen auch die jahrelangen, ergebnislosen MBFR-Verhandlungen in Wien. Bei meinen kurzen Begegnungen mit Haig und Gromyko in Genf wurde mir deutlich, in welchem Masse heute ein "dialogue de sourds" geführt wird.

Brunner: Madrid ist für uns deshalb so bedeutungsvoll, weil es das einzige Forum ist, an dem wir selbst teilnehmen und an dem nicht nur zwischen den beiden Militärblöcken verhandelt wird. Die Gruppe der N+N ist heute ein wichtiges Element in der politischen Landschaft und sollte auch in Zukunft eine positive Rolle spielen.

Da eine Verabschiedung des Dokumentes RM 39 in unveränderter Form in der gegenwärtigen Lage nicht mehr denkbar ist, bieten sich folgende Möglichkeiten:

- a) Revision des Dokumentes RM 39, unter Berücksichtigung der verschiedenen vorliegenden Abänderungsvorschläge.
- b) Redigierung eines kurzen Textes, der indessen die wesentlichen Elemente enthält (namentlich follow-up). Seine Verabschiedung wäre sehr positiv.
- c) Ein Dokument vom Belgrader Typ.

Es ist Sache der N+N, eine dieser Möglichkeiten vorzuschlagen, damit der gegenwärtige tote Punkt der Konferenz überwunden werden kann. Wir sollten daher in den vier Wochen nach dem 8. Februar Erfindungsgeist an den Tag legen. Wenn wir uns bis zum 25. März über die Daten künftiger Konferenzen und Treffen einigen können, dann ist das bereits ein positiver Schritt für Europa. Die Schweiz wäre bereit, im Hinblick auf dieses Ziel gewisse Initiativen zu entwickeln, falls die anderen Mitglieder der N+N-Gruppe dies wünschen.

Mojsov: Wir wären damit durchaus einverstanden. Da indessen nicht alle N+N-Delegationen das Dokument RM 39 ohne weiteres aufgeben wollen, stellt sich das Problem, wie man taktisch am besten vorgehen soll: Wir könnten entweder eine Revision des RM 39 versuchen und dabei die unakzeptablen Elemente entfernen, oder aber ein kürzeres und dennoch substantielles Dokument verfassen. Auch ein solches kurzes Dokument würde einen wirklichen Beitrag zum Erfolg der Konferenz von Madrid darstellen. Sollte sich allerdings die Lage in Europa zusätzlich verschlechtern, dann müssten wir die vorhin erwähnte dritte Lösung ins Auge fassen. Selbst ein derartiger rein prozeduraler Beschluss würde aber noch kein Misserfolg bedeuten.

## 2. Die Gipfelkonferenz der blockfreien Staaten in New Delhi

Aubert: Die von Bagdad nach New Delhi verschobene 7. Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Blockfreien dürfte nach unserer Ansicht in dem Sinne eine Wende bringen, als die Blockfreien nach der kubanischen Präsidentschaft wieder zur wahren Orthodoxie der Bewegung zurückkehren dürften. In wirtschaftlicher Hinsicht werden die Nord-Süd-Beziehungen und namentlich die blockierten

Globalverhandlungen zu reden geben, nicht zuletzt im Hinblick auf die UNCTAD-Konferenz, die im Juni in Belgrad stattfinden wird. Wir fragen uns schliesslich, was man von Frankreichs angeblichen Bemühungen halten soll, an der Blockfreien-Konferenz nicht nur als Gast, sondern als Beobachter teilzunehmen.

Mojsov: Weitgehend lahmgelegt sind heute auch die Regionalorganisationen unserer Welt:

- Gelähmt ist der OAS (namentlich wegen der Falklandkrise), und von der amerikanischen Solidarität ist kaum mehr etwas übriggeblieben.
- die islamische Konferenz ist, wie ihre Vermittlungsversuche im iranisch-irakischen Krieg zeigten, ebenfalls ohnmächtig.
- Die arabische Liga brachte es nicht fertig, anlässlich der Libanonkrise auf Ministerebene zusammenzutreten. Erst Arafats Auszug aus Beirut ermöglichte die Zusammenkunft in Fez und den dort ausgearbeiteten Nahostvorschlag. Davon aber einmal abgesehen entwickelt die Liga keine grosse Tätigkeit. Die mit Verhandlungen mit den fünf ständigen Sicherheitsratsmitgliedern beauftragte Arbeitsgruppe hat bis jetzt keinen Erfolg erzielt.
- Die OAE scheiterte wegen Prozedurfragen zweimal in ihrem Bemühen, ihre Jahresversammlung in Tripoli abzuhalten (das erste Mal wegen der Sahara, das zweite Mal wegen Tschad). Diese Prozedurfragen wurden aber lediglich in den Vordergrund gerückt, um andere, tiefere Spaltungen zu verbergen. Es besteht ernsthafte Gefahr, dass die Organisation völlig auseinanderfällt. Wir können nur hoffen, dass die nächste Konferenz am Sitz der Organisation in Addis Abeba zu einem Erfolg wird.

In der Blockfreien-Bewegung selbst herrscht ein gewisser Immobilismus. Der in Havanna gefasste Beschluss, die nächste Konferenz in Bagdad abzuhalten, war umstritten - keineswegs lediglich im Iran. Es war auch ein moralisches Problem, nicht nur eine Frage

der persönlichen Sicherheit der Konferenzteilnehmer. Manche Delegationen wollten sich einfach nicht in ein Land begeben, das in einen Krieg verwickelt ist, und zwar nicht nur in einen kleinen Lokalkonflikt. Deswegen wurde der Vorschlag vorgebracht, auf den Konferenzort Bagdad zu verzichten. Der Irak bestand aber darauf, die Konferenz zu beherbergen, um deren Prestige auszunützen, nicht zuletzt gegenüber Iran.

Heute besteht aber ein breiter Konsens, die nächste Konferenz in New Delhi abzuhalten (80 von 81 Teilnehmerstaaten sprachen sich dafür aus). Dies ist ein Zeichen der Vitalität und der wiedergefundenen Einheit der Bewegung. Die Atmosphäre ist jetzt eindeutig besser.

Es stimmt, dass Kuba seine dreijährige Rolle als Koordinator der Bewegung dafür ausgenützt hat, um seine eigenen Ansichten zu verbreiten, die nicht unbedingt mit den historischen Prinzipien der Blockfreien-Bewegung übereinstimmen. Kuba hat indessen durchaus das Recht, dies zu tun. Die Insel unterliegt einer Wirtschaftsblockade durch die amerikanische Flotte und kann dieser Bedrohung nur dank der Wirtschaftshilfe der Sowjetunion standhalten. In dieser realen Lage ist es verständlich, dass Castro die ihm gebotene Möglichkeit zur Darlegung seiner radikalen Ansichten ausnützt (1).

Die jüngste Zusammenkunft des Koordinationsbüros fand bekanntlich in Nicaragua statt, einem Staat, der ebenfalls von einer Intervention bedroht wird, nämlich von Somoza-Anhängern. Es ist daher verständlich, dass dieses Land, das sich in der gleichen Lage wie Kuba befindet, auch gleiche Positionen vertreten hat, die nicht den Traditionen der Blockfreien entsprechen. Die grosse Beteiligung (34 Mitglieder sowie 80 weitere Vertreter, d.h. total 114 Delegationen) zeigt, wie stark das Interesse für die Tätigkeit der Blockfreien heute wieder ist.

---

(1) Un membre de la délégation yougoslave a fait remarquer, durant les conversations hors séance, que le rôle de Cuba avait été présenté volontairement par le Ministre en termes modérés, ne rendant que partiellement compte de sa vraie opinion.



Als Folge dieser grossen Beteiligung wurden praktisch alle vorliegenden Entschliessungsentwürfe abgeändert. Insbesondere wirtschaftliche Passagen wurden gestrichen, da sie nicht den Prinzipien der Blockfreien entsprachen. Auf diese Weise konnte die Bewegung ein neues Mal ihre Lebenskraft beweisen und ihren Willen, bei den historischen Prinzipien zu bleiben. Extremistische Positionen wurden weitgehend beseitigt (der Abschnitt über Zentralamerika enthält zwar noch einen Appell an die USA, verurteilt sie aber nicht mehr).

Von New Delhi erwarten wir eine Bestätigung der historischen Prinzipien, aber auch eine Wiederaufnahme des Dialogs, um neue Kompromisslösungen zu finden. Ein vorliegender indischer Entwurf ist sehr ausgewogen und enthält zahlreiche Initiativen betreffend die Weltwirtschaftsprobleme. Ueber die Globalverhandlungen wurde schon vor drei Jahren gesprochen. Falls sie sich als undurchführbar erweisen sollten, müssten wir wieder Initiativen auf den einzelnen Sektoren (Monetäres, Finanzielles, Schulden, Rohstoffe) entwickeln. Wir machen uns keine Illusionen mehr über die Globalverhandlungen: Eine Globallösung gibt es nicht.

Die Schlusserklärung von New Delhi wird ein bedeutendes Dokument sein. Wir hoffen, dass sie ausgewogener ausfallen wird als in Havanna. New Delhi wird den teilnehmenden Staatschefs aber auch Gelegenheit bieten, unter sich zu diskutieren. Da bis im März voraussichtlich keine OAE-Versammlung mehr stattfinden wird, ist vorgesehen, den afrikanischen Staatschefs einen Tag zu widmen, damit sie gemeinsam eine Formel für die Zukunft ihrer Organisation finden können.

Es soll aber auch versucht werden, am Rande dieser Konferenz an Konflikten beteiligte Staaten wie z.B. Afghanistan und Pakistan oder Iran und Irak zusammenzubringen, möglicherweise unter Einschaltung des Chefs eines Drittstaates.

Was die Teilnahme von Nichtmitgliedern der Bewegung an der Konferenz von New Delhi anbelangt, so liegen bereits offizielle Gesuche von gewissen, vor allem lateinamerikanischen Ländern vor,

die als Beobachter bzw. Teilnehmer kommen möchten. Gerade in Lateinamerika breiten sich die Ideen der Blockfreien aus, und Mexiko, das Beobachterstatus genießt, beabsichtigt, eine Politik der Blockfreiheit zu betreiben. Wir sind aber auch glücklich über das Interesse, das die Europäer der Bewegung entgegenbringen. Damit kann eine Regionalisierung der Bewegung in drei Gruppen (Afrika, Asien, Amerika) und eine mögliche Konfrontation mit Europa vermieden werden.

Frankreich fordert keinen offiziellen Status an der Konferenz von New Delhi, weder als Beobachter, noch als Gast, denn es unterhält enge Beziehungen mit einer ganzen Anzahl von blockfreien Staaten und entwickelt selbst Initiativen, die denen der Blockfreien sehr ähnlich sind. Frankreich möchte als Land anerkannt sein, das Verständnis für die Blockfreien hat. Der offizielle Status ist unwesentlich (2). Eine Einladung Frankreichs nach New Delhi würde zusätzlich einen Präzedenzfall schaffen. Als ständiges Mitglied des UNO-Sicherheitsrates genießt Frankreich ohnehin bereits einen Sonderstatus. Frankreich dürfte die Konferenz jedenfalls sehr aufmerksam verfolgen, die mit wahrscheinlich über 100 teilnehmenden Staatschefs die grösste internationale Konferenz sein wird. Eine solche Konferenz gibt aber Anlass auf Hoffnung, dass der Dialog wieder aufgenommen werden kann, den wir so nötig haben.

Sommaruga: Es scheint mir ermutigend, dass die Blockfreien in New Delhi in einem Zeitpunkt sich mit den entscheidenden wirtschaftlichen Fragen befassen wollen, in dem die Hoffnung auf Globalverhandlungen weitgehend verflogen ist und die UNCTAD-Konferenz vorbereitet wird.

---

(2) Un membre de la délégation yougoslave a précisé hors séance que cette position de la France résultait de la réaction négative des membres du mouvement à la tentative de ce pays d'obtenir un statut formel. Par discrétion, le Ministre n'avait pas voulu le dire en séance.

Mojsov: Es ist eine glückliche Koinzidenz, dass vor der UNCTAD-Konferenz die Regionalkonferenzen der Blockfreien und der Gipfel von New Delhi stattfinden. Dort werden vielleicht neue Initiativen ergriffen werden. Jedenfalls wollen wir nicht Sklaven der Globalverhandlungen bleiben und werden auch andere Möglichkeiten erwägen. Ich werde unseren Vertreter in Genf, Botschafter Vidas (Mitglied unserer UNCTAD-Delegation) beauftragen, mit Botschafter Sommaruga in Verbindung zu treten, um einen diesbezüglichen Gedankenaustausch zu pflegen.

Ritter: Die Schweiz wird auch in New Delhi wieder vertreten sein. Für mich persönlich wird es das dritte Mal sein, dass ich an einer Blockfreien-Konferenz teilnehme. Jedesmal durfte ich die freundschaftliche Hilfe der jugoslawischen Delegation in Anspruch nehmen, die uns half, die Schwierigkeiten zu überwinden, welche sich in Havanna bezüglich des Status der Gäste stellten. Es scheint mir, dass mit der Rückkehr der Blockfreien-Bewegung zu den historischen Prinzipien sich auch die Gemeinsamkeiten zwischen Neutralen und Blockfreien noch verstärken werden. Diese könnten Möglichkeiten zur weltweiten Zusammenarbeit eröffnen, wie dies schon an der KSZE geschah.

### 3. Multilaterale Diplomatie

Aubert: Die verfassungsmässige Ordnung der Schweiz verlangt es bekanntlich, dass die Frage des Beitrittes zur UNO dem Volk vorgelegt wird. Das entsprechende Referendum dürfte vermutlich in den Jahren 1984 oder 1985 stattfinden. Sollte in den Wochen vor dem Abstimmungstermin beispielsweise Israel aus der UNESCO ausgeschlossen werden, so würde dies das Ergebnis des Urnenganges sicher massiv negativ beeinflussen.

In Schwierigkeiten befinden sich nicht nur die von Ihnen erwähnten Regionalorganisationen, sondern auch die UNO selbst. Ich erinnere daran, dass Pérez de Cuellar im Tätigkeitsbericht der UNO für das Jahr 1982 auf die allgemeine Erosion der Autorität und des

Ansehens internationaler Institutionen und auf den Vertrauensverlust hinwies, den diese in der öffentlichen Meinung erleiden. Die Rezession in der Welt liess zudem bei den internationalen Organisationen eine Finanzierungs Krise entstehen, sind doch die Industrieländer als wichtigste Beitragszahler jetzt vor allem mit eigenen Schwierigkeiten beschäftigt. Das Auseinanderklaffen zwischen der politischen Einheit der Gruppe der 77 und der Verschiedenartigkeit ihrer wirtschaftlichen Interessen führte bekanntlich zur Blockierung des Nord-Süd-Dialoges. Allgemein ist eine Tendenz zu theoretischen, oft emotionell gefärbten Diskussionen und ein fehlender Realismus festzustellen. Auch die Geschäftsführung der internationalen Organisationen erscheint in mancher Hinsicht unbefriedigend. Die Sowjetunion versucht aus den internationalen Organisationen Profit für die eigenen Interessen zu schlagen und ermuntert ideologische Debatten auf Kosten der operationellen Tätigkeit; in finanzieller Hinsicht kommt sie ihrer Rolle als Grossmacht keineswegs nach. Bei den Vereinigten Staaten ist ein Verlust des Vertrauens in die Mechanismen der internationalen Organisationen und eine Tendenz zur Rückkehr zum Bilateralismus bei der Lösung der wichtigen Fragen festzustellen. Die internationalen Organisationen unterliegen schliesslich einer zunehmenden Politisierung, die sie von ihren eigentlichen Zielen und von den wesentlichen Problemen ablenkt.

Das Individuum wird bekanntlich egoistisch, sobald es in eine schwierige Lage gerät. Auf der Ebene der einzelnen Staaten äussert sich dieser Egoismus heute in zunehmendem Protektionismus.

Mojsov: Die gegenwärtige Lage der UNO gibt in der Tat zu Pessimismus Anlass. Betrachtet man aber die Rolle und Möglichkeiten der UNO aus einer historischen Perspektive, dann darf man doch hoffen, dass die gegenwärtige Krise nur vorübergehender Natur ist.

Da die UNO ein Instrument der internationalen Beziehungen ist, leidet sie notwendigerweise an jenen Gebrechen, von denen ich am Anfang meiner Ausführungen sprach. Die UNO hat aber in ihrer Geschichte schwerere Krisen durchlebt und wird daher in Zukunft wieder ein Instrument werden, das eine weltumspannende Verständigung erlaubt.

Die UNO hat sich in den sechziger Jahren mit der Aufnahme der ehemaligen Feindesmächte und der unabhängig gewordenen jungen Staaten von einer Organisation der Siegermächte in eine universelle Organisation gewandelt. (Die Beiträge der Führer der drei grossen Siegermächte bei der Gründung der UNO kann man wie folgt charakterisieren: Roosevelt lieferte der Organisation die Vision, Churchill die starke Hand und Stalin, dem San Francisco auf der Landkarte zu weit entfernt von Moskau erschien, den Sitzort New York).

Die Universalität der UNO äussert sich heute nicht nur in der Zusammensetzung ihrer Mitglieder, sondern auch in der Vielfalt der Materien, mit denen sie sich befasst. Man vergegenwärtige sich beispielsweise, dass die Anzahl der Traktanden der Generalversammlung von ursprünglich 35 auf heute 135 angewachsen ist.

Bei der gegenwärtigen Schwäche der UNO dürfte es sich, wie bereits erwähnt, um eine vorübergehende Krankheit handeln. Sobald die Wurzeln der gegenwärtigen Krise beseitigt sind, wird die UNO wieder (oder: endlich) jene universelle Organisation sein, die uns vorschwebt. Man muss indessen auch die Grenzen der UNO erkennen: Eine davon liegt im Vetorecht der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates. Obwohl dieses Vetorecht seinerzeit für eine Organisation eines anderen Typs geschaffen wurde, als die UNO jetzt ist, kann man es heute kaum ändern, ohne den Charakter der UNO grundsätzlich zu gefährden. Die fünf ständigen Sicherheitsratsmitglieder (da Frankreich, Grossbritannien und die USA meistens zusammenstimmen, sind es eigentlich nur drei; und da China sein Vetorecht nur sehr ungern ausübt, sind es sogar nur zwei wesentliche Stimmen) haben deshalb heute eine besondere Verantwortung für die Wirksamkeit der Organisation. Nur wenn sie sich zu einer gemeinsamen Aktion entschliessen (wie dies beispielsweise mit der Resolution 242 im Oktoberkrieg von 1973 geschah), kann die UNO wirksame Massnahmen ergreifen.

Die UNO kann ihre Ziele nur dann erreichen, wenn sie die internationalen Aktivitäten harmonisieren kann. Dies ist aber nur in einer Atmosphäre des Vertrauens und des Universalismus möglich. Treten in den internationalen Beziehungen Spannungen auf, so ist die Wirksamkeit der UNO deren erstes Opfer. Ich bin überzeugt, dass

die heutigen Spannungen zwischen den beiden Grossmächten nicht mehr lange andauern können, ohne in einen Nuklearkrieg auszumünden.

Ein weiterer Grund der mangelnden Effizienz der UNO liegt in der Emotionalisierung der Debatten. Es sind die langandauernden ungelösten Krisen, welche solche Emotionen schaffen: Die Apartheidpolitik und das Vorgehen Südafrikas im illegal besetzten Namibia haben in den afrikanischen Ländern solche Emotionen entstehen lassen. Heute bestehen indessen doch Anzeichen, dass Südafrika seine Rassenpolitik abändern könnte. Vielleicht ist dies ein erster Schritt zu einer Entspannung im südlichen Afrika. Ein weiterer Urheber derartiger Emotionen ist Israel mit seiner seit Jahrzehnten betriebenen Aggressionspolitik. Auch sie wird aber nicht ewig dauern können, und auch hier zeichnen sich erste Anzeichen einer friedlichen Koexistenz mit den Nachbarländern ab.

Die Nichtbeteiligung der Schweiz an der UNO ist ein Mangel, der bald beseitigt werden sollte. Die Schweiz verfolgt klare Positionen, und ihr längeres Abseitsstehens gefährdet die Universalität der Organisation. 1983 mag zwar kein günstiges Jahr sein, um die öffentliche Meinung der Schweiz von der Notwendigkeit eines Beitrittes zur UNO zu überzeugen. In den folgenden Jahren wird sich aber die Lage der UNO sicher bereits zum Bessern gewendet haben!

Aubert: Obwohl wir Mitglied aller Spezialorganisationen der UNO sind, fühlen wir uns in den Wandelhallen in New York als "Untermenschen". Solange wir nicht Vollmitglied der Organisation sind, bleibt unsere Glaubwürdigkeit angeschlagen.

Brunner: Im Bericht des Generalsekretärs über die Schwierigkeiten der UNO wurden gewisse Massnahmen angeregt, um beispielsweise die Wirksamkeit des Sicherheitsrates zu verstärken. Kann man damit rechnen, dass diese Vorschläge demnächst in die Tat umgesetzt werden?

Mojsov: Die Blockfreien hatten eine Resolution über die Verstärkung der Rolle des Sicherheitsrates vorgeschlagen, die indessen noch ohne Folgen geblieben ist. In New Delhi wird man möglicherweise eine dringende UNO-Sondersession mit Beteiligung der Staatshäupter vorschlagen, um eine Stärkung der Rolle der UNO zu erör-

tern. Eine weitere Initiative könnte darin liegen, die in der Charta vorgesehene Revision der Charta zu prüfen. Eine Revision ist aber delikat, insbesondere wegen der Frage des Vetorechtes. Vielleicht könnte aber eine internationale Konferenz die Charta lediglich überprüfen und die Arbeit der UNO analysieren.

Im übrigen habe ich dem Generalsekretär vorgeschlagen, eine Expertenkommission einzusetzen, welche prüfen sollte, auf welche Weise die Wirksamkeit die UNO-Arbeit verbessert werden könnte.

#### 4. Internationale Krisen

Mojsov: Auch die Lösung einer nur kleinen Krise trägt zur Verbesserung des internationalen Klimas bei.

Die Westsaharafrage ist eine fast künstlich geschaffene Krise. Die Initiativen gewisser westlicher Länder könnten durchaus eine Lösung des Problems bringen, an dem bekanntlich vier Länder beteiligt sind. Ich erinnere an die französisch-spanische Initiative, den König von Marokko und den algerischen Präsidenten zu einem Gespräch nach Spanien einzuladen.

Namibia ist der klassische Fall eines internationalen Problems, das rasch gelöst werden könnte, würde es sich nicht durch äussere Einmischung komplizieren. Eine Lösung erscheint jetzt recht nahe; offen ist lediglich noch die Frage eines "linkage" mit einem Abzug kubanischer Truppen aus Afrika. Die Schweiz mit ihren Beziehungen zur westlichen Kontaktgruppe könnte uns durchaus behilflich sein. Botschafter Escher war übrigens der erste, der auf die Bedeutung Namibias für die UNO hinwies.

Heikler ist die Lage im Nahen Osten. Das einzige positive Ergebnis des fünften Krieges (der Invasion Libanons) ist die sich verbreitende Erkenntnis, dass es ohne Palästinenser keine dauernde Lösung geben kann. Die öffentliche Meinung beginnt dies zu begreifen. Die PLO ihrerseits wandelt ihren Charakter und verfolgt jetzt eine primär politische Strategie.

Der iranisch-irakische Konflikt droht, sich in einen regionalen Krieg auszuweiten (bereits befinden sich Freiwillige aus Drittländern im Irak). Verschiedene Vermittlungsmissionen scheiterten, weil sie Friedensbedingungen auszuhandeln versuch-

ten, statt Friedenswillen zu schaffen. Vor zwei Monaten musste ich in Teheran persönlich feststellen, dass auf iranischer Seite der Wunsch besteht, den Krieg fortzusetzen, um ihn zu innenpolitischen Zwecken auszunützen. Im Laufe dieses seit Korea blutigsten Krieges ist somit eine Tendenzwende eingetreten: Heute ist es der ursprüngliche Aggressor Irak, der an einem Frieden interessiert ist.

In Afghanistan geht es nicht lediglich um eine bilaterale und regionale Auseinandersetzung. Die sowjetische Invasion war eine Antwort auf den Nachrüstungsbeschluss der NATO. Eine Lösung für die heutige Lage kann erst gefunden werden, wenn deren Ursachen beseitigt sind, d.h. das Gleichgewicht zwischen den Supermächten wieder hergestellt ist. Die Mission Cordovez führt einen "dialogue de sourds", denn Iran will sich nicht mit anderen Partnern an den gleichen Verhandlungstisch setzen.

Kampuchea ist nicht bloss ein vietnamesisch-kambodschanisches Problem, sondern das Objekt eines "power-game" zwischen der Sowjetunion, den Vereinigten Staaten und China. Die vietnamesische Invasion war gegen Chinas regionale Ambitionen gerichtet und hat auch mit den chinesisch-sowjetischen Beziehungen zu tun. Nicht von ungefähr ist Kambodscha eine der drei Bedingungen einer Normalisierung der Beziehungen Chinas zur Sowjetunion. Der Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha dürfte indessen eher ein nebensächlicher Punkt sein. Als Ergebnis der Afrikareise des chinesischen Aussenministers erscheint Kambodscha als Hauptproblem der chinesischen Aussenpolitik. China wird einen Fünf-Punkte-Plan vorlegen, der nur schwer abzulehnen sein wird. Das Problem Kampuchea könnte an sich recht leicht gelöst werden, wäre es nicht mit der sowjetisch-chinesischen Einkreisung verbunden. Drittstaaten könnten durchaus mithelfen, eine Lösung zu finden, die indessen nur politischer Art sein kann. Sollte die Sowjetunion China irgendwelche Konzessionen machen, so dürfte dies vermutlich in Kambodscha sein. Vietnam sollte sich daher an einer Regelung beteiligen, um nicht von einem allfälligen Arrangement zwischen den beiden Grossen übergangen zu werden.



In Mittelamerika sind soziale Reformen unumgänglich. Die Vereinigten Staaten empfanden - völlig zu Unrecht - den Fall des Somoza-Regimes als Bedrohung ihrer eigenen Sicherheit und behaupten jetzt, die Krise in Mittelamerika sei Teil der globalen ideologischen Auseinandersetzung zwischen den beiden Supermächten.

## 5. Bilaterale Beziehungen

Mojsov: Bei der politischen Zusammenarbeit würden wir - neben den traditionellen Ministerbesuchen - gerne auch regelmässige Konsultationen auf der Stufe der Direktoren oder höheren Beamten einführen.

Auf wirtschaftlichem Gebiet könnte neben dem Handel auch die industrielle Zusammenarbeit noch verstärkt werden.

In unseren multilateralen Beziehungen würden wir gerne die Kontakte mit den Mitgliedern der EFTA ausbauen. Wir sind der Schweiz dankbar, dass sie unsere entsprechenden Bemühungen unterstützt.

Die Infrastrukturbauten im Zusammenhang mit den olympischen Winterspielen von 1984 in Sarajewo eröffnen Gelegenheiten zur Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Tourismus.

Wir schätzen die aktive Beteiligung der Schweiz am gestrigen Zustandekommen des internationalen Kredites an Jugoslawien. Wir sind überzeugt, dass sich dies auch auf unsere wirtschaftlichen Beziehungen auswirken wird.

Notwendig wäre eine Verstärkung des konsularischen Schutzes. Wir wünschen, dass jugoslawische Staatsbürger nicht an der Kontaktnahme mit ihrer diplomatischen Vertretung gehindert werden. Anlass zu Missverständnissen gab zudem die Tätigkeit gewisser Jugoslawien feindlich gesinnter Emigrantenkreise. Angesichts tragischer Erfahrungen in der Vergangenheit sind wir sehr empfindlich auf die Umtriebe separatistischer, die Vielstaatlichkeit und Einheit Jugoslawiens bekämpfender Organisationen in einem befreundeten Land.

Gelegenheiten zur Zusammenarbeit bieten sich auch auf dem Gebiet der Information, namentlich bei den Massenmedien.

Noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind im Bereich der Kultur und Erziehung. Wir wünschen uns insbesondere, dass sich jugoslawische Studenten in der Schweiz spezialisieren können.

Aubert: Wir sind einverstanden, die politischen Konsultationen mit Jugoslawien auszubauen, nicht nur im jährlichen Rhythmus auf Ministerebene, sondern auch auf Ad hoc-Basis und auf der Stufe höherer Beamter. Nach unserer erfolgreichen Zusammenarbeit im Rahmen der KSZE könnte uns Jugoslawien möglicherweise auch im Zusammenhang mit dem Beitritt zur UNO behilflich sein.

Bei den konsularischen Beziehungen fällt auf, dass rund 49'000 Jugoslawen sich in der Schweiz aufhalten. Die jugoslawischen Arbeitnehmer in der Schweiz sind ihren Kollegen aus Italien und Spanien völlig gleichgestellt. Nachdem bereits in den vergangenen Jahren verschiedene Gespräche über konkrete Fragen im Zusammenhang mit dem Aufenthalt jugoslawischer Arbeitnehmer in der Schweiz stattgefunden haben, soll sich bekanntlich in diesem Jahr eine bilaterale Arbeitsgruppe erneut mit diesem Problemkreis befassen. Die genauen Daten wird der Direktor des BIGA demnächst mit dem jugoslawischen Botschafter in Bern festlegen.

Bei einem allfälligen Ausbau unserer kulturellen Beziehungen gilt es zu berücksichtigen, dass in der Schweiz auf diesem Gebiet primär die Kantone zuständig sind und dass der Bund daher grundsätzlich keine Kulturabkommen abschliesst. Die Probleme im Zusammenhang mit dem Schulbesuch jugoslawischer Kinder in der Schweiz wurden bekanntlich in den vergangenen Jahren ebenfalls im Rahmen bilateraler Gespräche besprochen.

Sobald der Zusatz zum Sozialversicherungsabkommen aus dem Jahre 1962 von unserem Parlament gutgeheissen ist und danach in Kraft treten kann, dürften auch auf diesem Gebiet alle hängigen Probleme gelöst sein.

Demonstrationen ausländischer politischer Organisationen in der Schweiz sind auch für uns unangenehm. Wir ermuntern sie keineswegs. Unsere Bewilligungspraxis ist indessen sehr liberal und variiert zudem von Kanton zu Kanton. Insbesondere in der internationalen Stadt Genf wird sie sehr grosszügig gehandhabt. Die gel-

tende Bewilligungspflicht erlaubt es uns, eine gewisse Kontrolle auszunützen, lässt doch die Bundespolizei derartige Kundgebungen durch ihre Beamten diskret überwachen. Würden wir Demonstrationen systematisch verbieten, so riskierten wir den Ausbruch spontaner Kundgebungen, die viel schwieriger zu kontrollieren sind. Trotzdem werden wir entsprechende Gesuche ablehnen, wenn wir der Auffassung sind, eine Veranstaltung stelle ein Risiko dar.

Sommaruga: Wir sind durchaus bereit, die wirtschaftlichen Beziehungen weiterhin zu fördern, die sich seit 1946, namentlich aber aufgrund des Handelsvertrages aus dem Jahre 1948, dynamisch entwickelt haben. Förderung verdienen nicht nur die Handelsbeziehungen, sondern auch die industrielle Zusammenarbeit.

Was kann die schweizerische Regierung konkret unternehmen? Da Jugoslawien ein Entwicklungsland ist und zudem ein Selbstverwaltungssystem hat, das die Zusammenarbeit mit marktwirtschaftlichen Ländern begünstigt, wollen wir in erster Linie einen Rahmen schaffen, innerhalb dessen die wirtschaftlichen Organismen möglichst frei tätig werden können. In diesem Sinne haben wir mit dem Protokoll aus dem Jahre 1977 die gemischte Kommission geschaffen, die als Katalysator wirkt.

Es ist unübersehbar, dass unsere Wirtschaftsbeziehungen in den letzten Jahren etwas an Dynamik eingebüsst haben. Schuld daran ist zunächst die konjunkturelle Entwicklung, die nicht nur unseren beiden Ländern zu schaffen macht. Hinzu kommt, dass Änderungen der jugoslawischen Gesetzgebung, namentlich auf dem Gebiete der joint-ventures und der langfristigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, in den Wirtschaftskreisen eine gewisse Unsicherheit entstehen liessen. Wir sollten deshalb die Mittel finden, um diese möglichst rasch zu beseitigen. Wenn wir Fortschritte erzielen wollen, dann sollte Jugoslawien auch präziser und rascher auf gewisse Vorschläge eingehen. Wir sind froh, dass gestern die internationale Kreditaktion zugunsten Jugoslawiens zustande gekommen ist. Allerdings hätten die entsprechenden Arbeiten schon früher aufgenommen werden können, wenn Jugoslawien schneller auf unsere entsprechenden Anregungen reagiert hätte.

Unsere gemeinsame Arbeit im Rahmen des GATT und der ECE lieferte ebenfalls gewisse Impulse für die Förderung unserer Beziehungen. Nützliche Arbeit konnten wir namentlich mit Herrn Stanovnik in Genf leisten. Wir verstehen sehr wohl die politische Motivation und das wirtschaftliche Interesse, die Jugoslawien veranlassen, einen engeren Anschluss an die EFTA-Länder zu suchen.

Mit der ersten Sitzung unserer gemischten Kommission im Jahre 1978 hat der institutionelle Rahmen zu wirken begonnen, der auch unserer industriellen Kooperation zugute kommen sollte. Wir studieren ausserdem, wie wir die jugoslawischen Unternehmen vermehrt unterstützen könnten, und haben zu diesem Zwecke bereits Exportförderungsseminare organisiert. Eine Arbeitsgruppe prüft zudem, auf welche Weise schweizerische Unternehmen auf dem Gebiet des Tourismus mit Montenegro zusammenarbeiten könnten. Schliesslich sind wir auch daran interessiert, gewisse Aspekte der Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Transportwesens zu vertiefen.

Ganz allgemein sind wir gewillt, unsere Kontakte mit Jugoslawien zu vertiefen, müssen uns aber bewusst sein, dass die Möglichkeiten der Regierungen recht beschränkt sind.

~~SA~~  
 DEPARTEMENT FEDERAL DES  
 AFFAIRES ETRANGERES

*no*  
*h*  
p.B.15.21.Youg.(8)-BRO/FR/wr/bla 3003 Berne, le 11 février 1983

C o n f i d e n t i e l

Procès-verbal des entretiens entre Monsieur Pierre Aubert, Président de la Confédération, Chef du Département fédéral des affaires étrangères, et Monsieur Lazar Mojsov, Secrétaire fédéral aux affaires étrangères de la RSF de Yougoslavie, à Berne, le 20 janvier 1983

---

Le procès-verbal va:

- aux Missions diplomatiques suisses à l'étranger  
 (Belgrade:3 ex.)

et à

- M. le Président de  
 la Confédération

Aubert

- MM. les Ambassadeurs

Probst, Secrétaire d'Etat, DFAE  
 Jolles, Secrétaire d'Etat, OFAEE,  
 DFEP

Diez  
 Glesti  
 Sommaruga OFAEE, DFEP, (3 ex.)  
 Brunner  
 Hugentobler  
 Monnier  
 Kaufmann  
 Ritter  
 Zwahlen

- MM. les Ministres

Krafft  
 Girard  
 Leippert  
 Uhl

- MM./Mme

AX/ER/BY/SA/JL/KR

- Secrétariat général
- Division politique I
- Division politique II
- Secrétariat politique
- Service économique et financier
- Bureau de l'intégration DFAE/DFEP
- Information et Presse
- Direction des Organisations internationales
- Direction du droit international public
- Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire

DIVISION POLITIQUE I

*B. Schenk*

(Schenk)

Annexe: 1 procès-verbal